

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 9 · 19. Oktober 2007 · www.cducsu.eu

UiE-Newsletter

CDU/CSU Fraktionsvorsitzende aus Bund und Ländern verteidigen Subsidiaritätsprinzip in Brüssel



v. l. McAllister, Daul, Herrmann, Nassauer, Langen, Ferber

Subsidiarität als grundlegendes Strukturprinzip der Europäischen Union hat der stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer (CDU), gegen Angriffe aus der Europäischen Kommission in Schutz genommen. Vor den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktionen aus Bund und Ländern, die sich zu ihrer Jahreskonferenz in Brüssel getroffen hatten, sagte Nassauer, Subsidiarität sei der entscheidende Maßstab dafür, was die EU dürfe und was nicht. Politische Entscheidungen auf europäischer Ebene seien

nur zulässig, wenn die Mitgliedstaaten ein Problem nicht lösen könnten, nicht schon dann, wenn sie sich einer Frage nicht zuwenden wollten.

Ausdrücklich begrüßten die Unions-Fraktionschefs das im EU-Vertrag vorgesehene Frühwarnsystem zur Wahrung der Subsidiarität und das Klagerrecht der nationalen Parlamente. Nassauer betonte, damit wüchsen die Parlamentarier der Mitgliedstaaten in die Rolle der „Wächter der Subsidiarität“. Insbesondere das jedem nationalen Parlament zustehende Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof in

Luxemburg könne sich als scharfe Waffe gegen den allzu lässigen Umgang mit der Subsidiaritätsregel erweisen, den sich die Kommission oft genug zu Schulden kommen lasse. Nassauer verwies in diesem Zusammenhang auf die in der parlamentarischen Beratung befindliche Bodenschutzrichtlinie, die in Deutschland weithin als eklatanter Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip gesehen werde.

Wenn der Reformvertrag in Kraft trete, so Nassauer, werde die Europäische Kommission zu einer neuen "Kultur der Subsidiarität" finden müssen.

Schärfer als bisher werde bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen zu bedenken sein, wie weit europäische Zuständigkeit reiche, und ab welchem Punkt auf die Entscheidungen der zuständigen Organe der Mitgliedstaaten vertraut werden könne.

Neben dem Thema Subsidiarität standen auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Brüssel auch die Energie- und Medienpolitik der Europäischen Union auf der Tagesordnung. Dazu nahmen EU-Energiekommissar Andris Piebalgs und Kommissarin Viviane Reding an dem Treffen teil.

GEORG JARZEMBOWSKI/ELISABETH JEGGLE:

Neue Rechte für Bahnkunden und Eisenbahnunternehmen

Das Europäische Parlament hat dem Vermittlungsergebnis von Parlament und Rat zum Dritten Eisenbahnpaket zugestimmt. Mit einer neuen Verordnung über Fahrgastrechte erhalten die Bahnkunden neue gesetzliche Rechte von Informationsrechten über Haftungsansprüche bis zu Entschädigungen bei längeren Verspätungen. Bei Verspätungen von über einer Stunde beläuft sich die Entschädigung auf 25 %, bei Verspätungen über 2 Stunden auf 50 % des Fahrpreises. Die Entschädigungsregelungen gelten für grenzüberschreitende Fahrten sowie – wenn die Mitgliedstaaten keine Ausnahme beantragen – auch für nationale Fernfahrten. „Wir Christdemokraten fordern, dass die Entschädigungsregelungen bereits ab dem Jahr 2008 gelten, und zwar auch für innerdeutsche Fernreisen“, sagte



Georg Jarzembowski MdEP

der verkehrspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion Jarzembowski.

Mit einer neuen Richtlinie für Triebfahrzeugführer, die ebenfalls Teil des Dritten Eisenbahnpakets ist, wird ein europaweit geltender Lokführerschein eingeführt. Mit dieser neuen Regelung kann künftig der Stopp von Güter- und Passagierzügen an den



Elisabeth Jeggle MdEP

nationalen Grenzen allein zum Zweck des Austausches der Lokomotivführer entfallen. „Der neue Lokführerschein wird das Reisen innerhalb Europas schneller und damit attraktiver machen“, sagte die Schattenberichterstatterin der EVP-ED-Fraktion Elisabeth Jeggle.

Mit der Änderung der Eisenbahnrichtlinie werden die

nationalen Schienennetze ab dem 1. Januar 2010 für grenzüberschreitende Passagierdienste aller Eisenbahnunternehmen aus allen Mitgliedstaaten – seien es staatliche, seien es private Eisenbahngesellschaften – diskriminierungsfrei geöffnet. Damit wird für grenzüberschreitende Passagierverkehre endlich der Europäische Binnenmarkt entstehen. „Die Eisenbahngesellschaften sollten diese Chance nutzen und neue kundenfreundliche und wettbewerbsfähige Angebote insbesondere im Verhältnis zu den Flugreisen anbieten“, sagte der Berichterstatter Georg Jarzembowski.

All diese neuen Regelungen sollen auch zu einer Wiederbelebung des Schienenverkehrs im grenzüberschreitenden Verkehr und zugleich zu einer Verminderung der Umweltbelastung innerhalb der Europäischen Union führen.

MARKUS FERBER:

Postrichtlinie: Rat billigt Kompromisspaket des Parlaments

Weg für Abschaffung des Postmonopols ab 2011 frei

Die Öffnung der Postmärkte in Europa ist unter Dach und Fach. Der Rat erzielte eine Einigung über die wesentlichen Elemente des Pakets des Europäischen Parlaments (EP) aus erster Lesung. EP-Berichterstatter Markus Ferber: „Das Briefmonopol wird EU-weit ab dem 01.01.2011 fallen. Jetzt sind noch technische Fragen zu klären. Spätestens zum Frühjahr können wir die zweite Lesung abschließen und die Richtlinie verabschieden“, sagte der CSU-Europaabgeordnete. Die Märkte



Markus Ferber MdEP

für Briefe unter 50 Gramm werden spätestens am 31.12.

2010 vollständig geöffnet. Solange dürfen die Länder noch einen so genannten reservierten Bereich für nationale Postdienstleister aufrecht erhalten. Für die neuen EU-Mitgliedstaaten und solche mit einer extremen Rand- oder Insellage soll diese Frist um zwei Jahre verlängerbar sein. „Damit haben wir die Interessen aller Mitgliedstaaten an Bord“, sagte Ferber. Der Kompromiss aus dem Parlament sieht auch vor, dass in jedem EU-Land die Vorschriften des Tarif- und Arbeitsrechts eingehalten wer-

den müssen. „Dumpinglöhne wird es nicht geben“, so Ferber. Um bis zum Auslaufen der Übergangsfristen am 31.12.2012 Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollen Postdienstleister, die im eigenen Land noch im reservierten Bereich tätig sind, keine Zulassung in bereits vollständig geöffneten Märkten bekommen.

Lesen Sie den vollständigen Text unter:
www.cducusu.eu/content/view/4477/32/

WEITER →

CDU/CSU-Europaabgeordnete zu Gesprächen in den USA



Eine Delegation der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament traf im Rahmen einer Delegationsreise in die Vereinigten Staaten mit dem ehemaligen US-Außenminister Dr. Henry Kissinger zusammen. Themen des Gespräches waren unter anderem die aktuelle Situation im Nahen Osten und die Forderung der Bundeskanzlerin nach einem Vollsitz für Deutschland im Weltsicherheitsrat.

ELMAR BROK:

EU-Grundlagenvertrag: Gipfel beseitigt letzte Hindernisse

Die von den europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon erzielte Übereinkunft über den EU-Grundlagenvertrag ist ein großer Erfolg. Nachdem es gelungen ist, in Lissabon auch die letzten noch offenen Fragen zu klären, ist damit der Weg frei für ein demokratischeres, effizienteres und handlungsfähigeres Europa.

Es hat sich auch bei den noch offenen Punkten, wie der Frage der Ioannina-Klausel zum Aufschub von Ratsentscheidungen und der Sitzverteilung im Europäischen Parlament gezeigt, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs zu Kompromissen bereit gewesen sind, weil ihnen ganz offensichtlich die Notwendigkeit eines erfolgreichen Abschlusses des seit sechs Jahren laufenden Verfassungsprozesses bewusst gewesen ist.



Elmar Brok MdEP

Obwohl dem so genannten Reformvertrag der Verfassungscharakter fehlt und nicht alle unsere Forderungen voll erfüllt wurden, sind die meisten Erfolge der Verfassung – für fast alle Mitgliedsländer – übernommen worden. Das ermöglicht uns, den heutigen Herausforderungen wie Klimawandel, Energiesicherheit, internationalem Terrorismus, internationalem Verbrechen, Immigration und der möglichen Erweiterung der EU, erfolgreich zu begegnen.

Einer der größten Erfolge ist die stärkere Demokratisierung der EU. Das Demokratiedefizit wird damit zu 95 Prozent beseitigt.

Lesen Sie den vollständigen Text unter:
www.cducusu.eu/content/view/4326/1/

WEITER →

■ Visierleichterungen für die Staaten Südosteuropas

Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hat für substantielle Erleichterungen bei der Vergabe von EU-Einreisevisa für Staatsbürger des ehemaligen Jugoslawiens und Albanien gestimmt. **Doris Pack**, Vorsitzende der Südosteuropa-Delegation des EP und zuständige Parlamentsberichterstatteerin für Bosnien-Herzegowina, begrüßte den klaren Ausgang der Abstimmung als „längst überfälliges positives Signal“ für die gesamte Balkanregion: „Wenn wir die Staaten des Westbalkans an die Europäische Union heranführen wollen, dann müssen wir den Menschen dort auch die Gelegenheit geben, Europa besser kennen zu lernen“, erklärte Doris Pack.

■ Ermutigendes Signal für Reformprozess in der Ukraine

Als „ermutigendes Signal für den notwendigen Reformprozess in der Ukraine“ hat der CDU-Europaparlamentarier **Michael Gahler** das Ergebnis der Parlamentswahlen in der Ukraine bezeichnet.

Der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des EP hatte als offizieller OSZE-Beobachter die Parlamentswahlen in der Region Donezk überwacht. Am Rande der Wahl führte Gahler politische Gespräche mit führenden Politikern der Ukraine in Kiew, noch am Wahlabend traf er mit der Wahlsiegerin Julia Timoschenko zusammen.

Gahler hierzu: „Trotz geringer Unregelmäßigkeiten sind die ukrainischen Parlamentswahlen insgesamt als gültig anzusehen. Die Wähler haben den Parteien von Staatspräsident Victor Juschtschenko und der ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko eine gute Ausgangsbasis verschafft, um ihre Koalitionspläne zu verwirklichen“.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducusu.de.